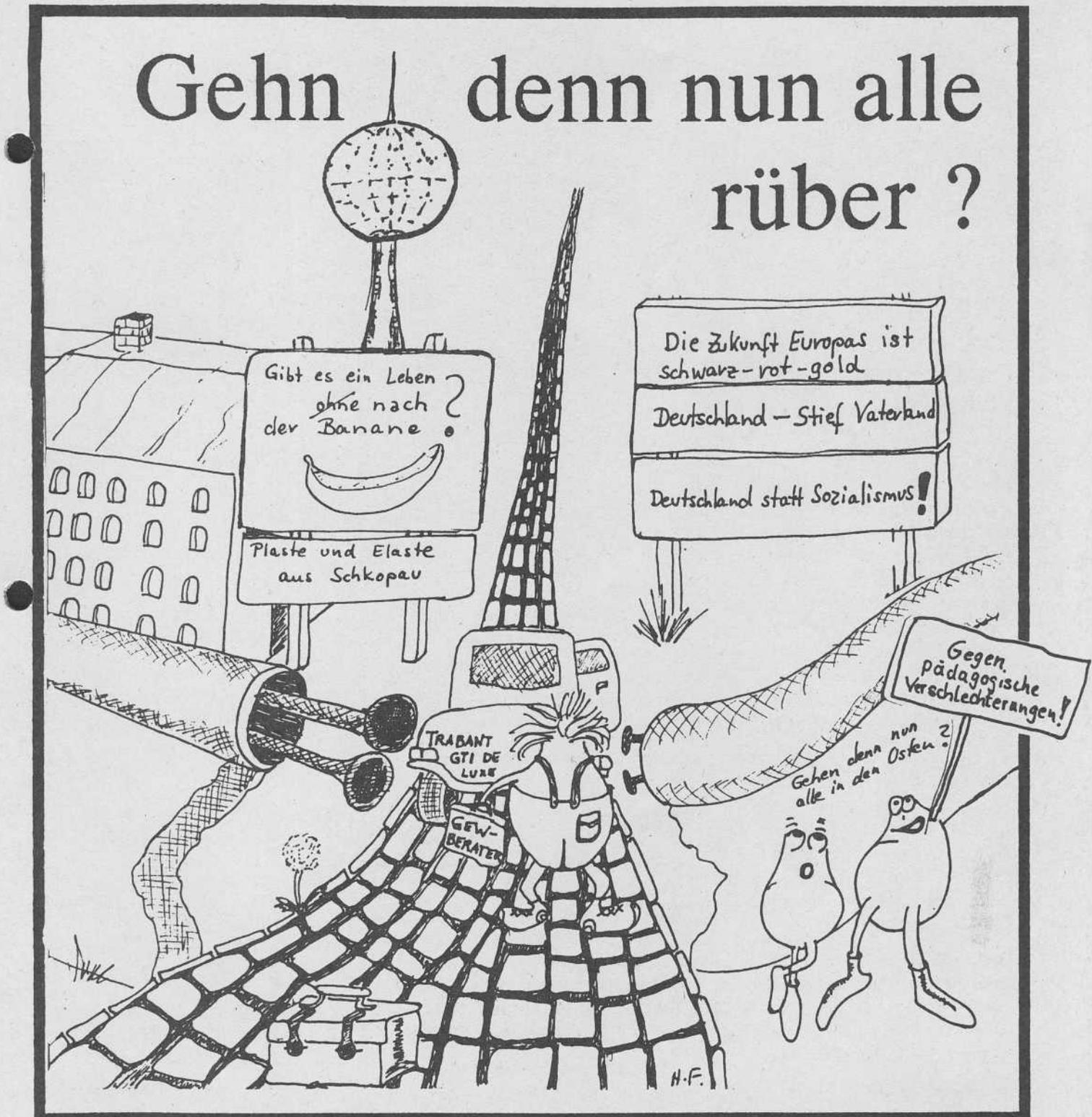


Trend

mitteilungen der gew-kreuzberg

nr. 3-90

Gehn denn nun alle rüber ?



editorial: *erhellendes*

Dieser trend ist eine heimliche deutschlandnummer geworden. So schnell und so unheimlich, wie das eben alles ging.

Kurz luftholen und gucken! Was ist zu sehen?

Die, die im westen bei den meisten problemen das handtuch geworfen haben, zieht es nun in den osten, praktisch, wie theoretisch. Dieses Deutschland geht uns auf den geist; es ist dennoch da.

Wir wissen, was im westen los ist:

die klassenfrequenzen steigen, es



gibt bildungspolitische beschneidungen und der senat lacht über seine eigenen vorgaben ... Wir wissen wenig von dem widerstand dagegen, außer, daß er notwendig ist.

Die bezirksleitung als GEW-gremium kann uns da kaum weiterhelfen, sie weiß selbst zuwenig bescheid (siehe s.3).

Der personalrat hat sich selbst zur farce degradiert, ist er doch nur noch mit sich selbst und dem basteln an ostkarrieren beschäftigt (siehe unten).

Das geht dann so:

Kollege Hegemann nimmt erneut arbeitgeberaufgaben wahr, diesmal im osten, wieder im schutz des "ruhenden" personalratsmandates. Er war es, der auf der wahl-mv erklärte: "der personalratsvorsitz ist mir auf den leib geschneidert!"

Ähnlich bemerkenswert sind die "neuen" personalratsmitglieder Burcu und Schwerdtfeger. Kollege Schwerdtfeger ließ uns vor vier jahren wissen, daß er sich zum prinzip der rotation, vor allem für seine person, bekannte.

Hasan Burcu wollte nach schweren auseinandersetzungen um seinen platz auf



der personalratsliste -so schwor er- "nie wieder in den personalrat". Das fanden wir einleuchtend.

Was ruft sie nun? Das vaterland, die pflicht, der viele unterrichtet? Sowaß wüßten wir doch gerne mal. Vor allem, woher muß das nächste an-gebot kommen.

Zu tun gibt es genug.

Das interview mit dem verhafteten vater (siehe s.11) zeigt die richtung an, die der umgang mit den zahmen aktionen der GEW nehmen wird, wenn wir, um des vaterlandes willen, uns die demokratischen rechte beschneiden lassen, bzw. zu deren preisgabe nicht einmal mehr protestieren. Auf verständlichem wunsch des interviewten gewerkschafters wird sein name nicht genannt.

Revirement im Personalrat

Jürgen Hegemann, bis zu den sommerferien vorsitzender des personalrats, ist von dieser funktion zurückgetreten. Er ist bis auf weiteres zum ostberliner bildungsstadtrat Pawlik abgeordnet, um diesen vor allem in fragen des schulverfassungsrecht zu beraten. Sein personalratsmandat ruht solange. Nachgerückt ist die kollegin **Gisela Bisemeier** (13. G.)

Wie auch in der blz 10/90 nachzulesen ist Jürgen Hegemann nicht das einzige prominente GEW-mitglied, das jetzt im osten arbeitet. Aus Kreuzberg sind das ferner die kollegen Dieter Hölterhoff (1. OSZ) und Dietmar Pagel (2.0).

Uwe Wagner, bisher mitglied des personalratsvorstands, fällt wegen eines in den ferien erlittenen herzfarktes vorerst aus. Als nachrücker ist der kollege **Hasan Burcu** (2.0),

langjähriges früheres personalratsmitglied wieder in das gremium zurückgekehrt.

Ilse Schaad schließlich hat wegen der belastungen als leiterin des referats A der GEW und durch vielfältige beratungsfunktionen bei der GEW-gründung in der bisherigen DDR den stellvertretenden vorsitz im personalrat abgegeben, bleibt aber weiter im vorstand.

Nach kurzer interimsregelung hat der personalrat jetzt einen um **René Schwerdtfeger** und **Reinhard Brettel** ergänzten vorstand. Zum neuen vorsitzenden wurde **René Schwerdtfeger** gewählt, der diese funktion schon einmal in der vorletzten amtsperiode des personalrats hatte. Wirklich neuer stellvertretender vorsitzender ist **Detlev Schubert**, echter angestellter am 1. OSZ.

die personalratsfraktion

impresum

trend nr 3/90 erscheint im oktober 1990

herausgegeben von der bezirksleitung der GEW Kreuzberg

redaktion:

Hannelie Fischer
Detlev Kretschmann
Günter Langer
Rainer Poblath
Christine Storm

mitarbeit:

die bezirksleitung
die personalratsfraktion
der ermittlungsausschuß
das kollegium der 16.g
Hans-Georg Borck

Artikel:

Sendet uns bitte leserInnenbriefe und artikel für den trend; und zwar in gemäßiger kleinschreibung. Eine diskette dazu erleichtert uns die arbeit sehr! Artikel bitte an:

Rainer Poblath
Hermannstr. 228
1000 Berlin 44

aus der bezirksleitung:

TRENDWENDE

Nach einem intensiven und sehr anstrengenden workshop versuchte reporter Ernst Haft, eines der gestrebtsten, weil hyperaktiven bezirksleitungsmitglieder zu einem interview zu überreden.

Nach ausgedehnten honorarabsprachen ergab sich folgende illustre runde:



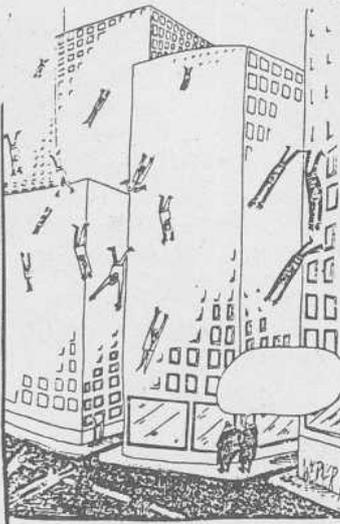
Ernst Haft: Uns ist zu ohren gekommen, daß ihr euch vor interessierten mitgliedern nicht retten könnt?!

bl: Das ist richtig! Stell dir vor: Für unsere letzte tagung mußten wir aus einem kreis von viereinhalb bewerbern fünfzehn überdurchschnittlich motivierte mitgliederinnen auswählen. Du kannst dir denken, daß dies einen erheblichen teil unserer aktivitäten ausmachte.

ernsthaf (anteilnehmend): Dann ward ihr doch bestimmt nicht mehr in der lage, die publikumswirksamen und gem besuchten MV's und MTV's thematisch vorzubereiten?

bl (entrüstet): Ganz im gegenteil! Aufgrund der hohen nachfrage und des enormen besucherstroms war dies eigentlich unsere hauptaufgabe...

Hinzukam, daß wir uns vor Bewerbern für die mitarbeit in der bezirksleitung kaum retten konnten (in den letzten monaten haben sich sageundschreibe 0,01 mitgliederinnen beworben) und daher ein s e h r strenges aufnahmeverfahren einführen mußten, was teilweise zu entsetzlichen reaktionen führte.



Mit einer nunmehr optimalen besetzung von vier auserlesenen mitgliederinnen können wir endlich alle bezirklich und überbezirklich anfallenden probleme zur vollen zufriedenheit unserer engagierten kollegen lösen!

ernsthaf (erstaunt): Welche probleme gibt es denn an der basis?

bl: Da gibt es derzeit unzählige. Wir können hier natürlich nur einige nennen. Wir werden z.b immer wieder gefragt:

- Wo bilde ich mich im nächster urlaub fort (ski-kurs, tennis oder surfen)?
- Verkaufe ich mein haus in Lichterfelde, um eines am Müggelsee zu erwerben?
- Soll ich meinen beziehungsfrust durch eine affäre oder trennung bewältigen?

E.H. (verzweifelt): Wie werdet ihr mit diesen grundlegenden problemen eigentlich fertig?

bl: Nun, seitdem wir einen psychodramakurs als pflichtveranstaltung für alle bl-er angesetzt haben und für die große anzahl derselben vier psychotherapeuten auf kosten der GEW beschäftigen, verfügen wir natürlich über eine enorme beratungskompetenz!

Wir sind also nunmehr in der lage, zu folgenden schwerpunkten intensivste beratungen und lösungen anzubieten, die demnächst auch als fortbildungen angeboten werden:

- a) Grundstückserwerb in ost (und west)
- b) Das börsen-abc für die/den finanzkräftige/n gewerkschaftler/in
- c) outfit-beratung (Wie kleidet sich die/der linksintellektuelle frau/mann? - Stilvoll in die krise! - Hinein in die forties!)
- d) Wie und wo ißt die/der gute gewerkschaftler/in?
- e) Politisches bewußtsein und ernährung



f) Was trinkt die/der standfeste gewerkschaftler/in?

g) Ausstiegschancen aus dem Schulalltag bei progressiv anstiegender gehalt

h) Clubferien einmal anders: GEW - spiel & spaß e.v.



j) Das richtige auto für den richtigen anlaß - die bl leiht gerne aus...

k) Fitneß und figurprobleme

l) Partnervermittlung:

- lonely heart club (siehe MV's)

E.H.: Und wie sieht es mit einer bewerbung für die mitarbeit in der bezirksleitung aus?

bl: Ganz schlecht im moment. Aufgrund der extrem hohen zahl von anmeldungen beschäftigt sich unser vorstand (der noch zu wählen ist) derzeit mit der einrichtung eines sinnvollen NG-verfahrens, um für unsere mitgliedschaft nur das beste vom besten- eine auswahl an spitzenfunktionären - bieten zu können.

Ernst Haft: Danke für dieses aufschlußreiche gespräch und eine weiterhin so erfolgreiche arbeit...

die mitglieder der bezirksleitung

letzte meldung

Auf der mv am 17.10.90 wurde **Elke Dragendorf** zur vorsitzenden und **Gabi Berger** zur stellvertretenden vorsitzenden gewählt! **Neithard Wittenstein** wurde als dritter beisitzer nachgewählt.

Der trend wünscht der bezirksleitung eine *wirklich* erfolgreiche arbeit!

demosplitter

der aufrechte gang oder: *wohin geht die GEW?*

Die reste des links-alternativen spektrums zeigten unter führung der frauen noch am 29.9., also "5 vor 12", was sie von einem sich vergrößerndem deutschen vaterland halten. Über 5.000 menschen beteiligten sich an dem fast zu fröhlichen umzug.

Das Büro für ungewöhnliche Maßnahmen und zwei weitere organisationen konnten für ihre Republik Utopia knapp doppelt so viele leute mobilisieren. "Von Coca Cola lernen, heißt siegen lernen" und "Die Lehre von Ludwig Erhard ist richtig, weil sie wahr ist" kam allerdings beim bierseligen publikum am Brandenburger tor nicht so recht an. Unverständnis rettete die teilnehmer vielleicht davor, verdroschen zu werden. Mut gehörte jedenfalls unbedingt dazu, sich so unter's trunkene volk zu mischen.

Waren die teilnehmerzahlen bei diesen veranstaltungen noch relativ bescheiden, so überraschte das autonome spektrum bei "Halt's Maul Deutschland - es reicht" mit ca. 20.000 menschen (so viele leftists zählte jedenfalls die International Herald Tribune), die trotz großer medialer angst-mache "gegen rassismus und nationalen wahn" recht friedlich demonstrierten. Unfriedlich dagegen verhielt sich nach

augenzeugenberichten mehrerer GEW-kollegInnen die schwer bewaffnete staatsmacht. Nachdem sie bereits nächstens zuvor Kreuzberg wie eine fremde macht abgeriegelt und besetzt hatte (das am Kotti liegende Stadtteilcafé lt. taz dabei verwüstete), verfolgte sie am demo-tag offenbar zwei ziele: - 1. sog. "ausländische" jugendliche (in Berlin geboren, versteht sich) und - 2. die zwei lautsprecherwagen.

Noch vor beginn der demo wurden mehrere hundert jugendliche, von denen die mannen senator Pätzolds annahmen, daß ihre eltern aus der Türkei stammen, stundenlang festgehalten und systematisch durchsucht. Nach der randale am Alex versäumte der sprecher des staatlichen gewaltmonopols nicht, darauf hinzuweisen, daß neben 500 autonomen auch 200 türkische jugendliche mit von der partie gewesen sein sollen. (Wie in diesem nächtlchen durcheinander eine solche zählung überhaupt möglich ist, steht noch auf einem anderen blatt. Fernsehaufnahmen, die

genüßlich über den äther geschickt wurden, konnten diese behauptungen jedenfalls nicht untermauern, eher das gegenteil!)

Diejenigen demonstrantInnen, die die lautsprecherwagen zu deren schutz begleiteten, wurden mehrfach ohne jeden erkennbaren grund mit schlagstöcken brutal angegriffen und z.t. gravierend verletzt. (Szenen dieser machart waren gut in der nachrichtensendung Le Journal von Antenne 2 zu sehen!)

Unerhebliche anlässe führten schließlich um 18.30 uhr dazu, daß die gerade begonnene abschlusskundgebung im frontalangriff mit noch größerer härte als zuvor gewaltsam aufgelöst wurde. Vielen demonstrantInnen blieb nur die flucht über den Alex. Aus dem so

entstandenen tumult entwickelte sich dann später die nächtlche randale, an der sich aber praktisch kein demo-teilnehmer mehr beteiligte. Die taz zitiert dazu jedenfalls einen hohen polizeioffizier, der davon ausgeht, daß sich ab 21.30 uhr kein autonomer mehr am Alex befand. Die "scene" hätte sich zu diesem zeitpunkt längst nach Kreuzberg zurückgezogen. Beobachter gehen davon aus, daß sich besoffene jubeljugendliche der sache angenommen hätten.



Soweit zu den fakten der "einheitstage". Nun, was geht das ganze aber uns, die mitglieder der GEW, an? Mancheiner erinnert sich vielleicht noch an die fernen zeiten, als sich die GEW zum rächer der enterbten und zum beschützer der entrechteten hochstilisierte. Keine gemeinheit dieser welt lief ohne den geharnischten protest der GEW ab. Das mag historisch gerechtfertigt gewesen sein, wir wollen diese art von politik nun nicht unbedingt wieder aufleben lassen, aber wenn schülerInnen aus unseren kreuzberger schulen offen von staatsorganen diskriminiert werden, sollte sie sich doch darum kümmern. Oder ist ihr im zeichen der deutschland euphorie die sensibilität für das ansteigen ausländerfeindlicher tendenzen bereits verloren gegangen und ist der kampf gegen rassismus und nationalismus gänzlich in vergessenheit geraten?

Sollten die autonomen wirklich die einzigen bleiben, die zumindest in diesem fall gegen eine schlechte sache auf die straße gegangen sind?

psychosplitter

ist es bereits zeit zum auswandern?

Wer es nicht fertigbrachte, dem einheitstaumel positive seiten abzugewinnen, konnte sich ihm aber auch kaum entziehen. Die medien quollen über vor einheit, die straßen Berlins waren verstopft wie nie zuvor und selbst die ruhige sicherheit der arbeitsplätze vieler kollegInnen geriet plötzlich ins wanken.

Was konnte mensch also tun am oktoberanfang? Zunächst konnte er/sie aus mindestens drei demoangeboten das für sich passende auswählen. Wer das nicht auf die reihe bekam, mußte entweder ins ausland fahren oder aber sich zu hause verstecken. Aber auch das sich verkriechen zehrte an den nerven. Wo sollte so auf die schnelle die alte oder neue liebe herkommen, die einen verstand? Wo sollte plötzlich die konzentration herkommen, um endlich die *Satanic*

Verses angehen zu können? Glotze anstellen ging auch nicht ohne wenigstens indirekt mit in die jubelei einbezogen zu werden. Es gab keinen ausweg. Das versteckt wurde zur fälle. Die einsamkeit konnte voll zuschlagen und jedeN daheimgebliebeneN in tiefste depressionen stürzen.

Etwas besser dürfte es den demo-teilnehmern ergangen sein. Wenn sie erst ihre durch die offizielle politik und die medien erzeugten ängste überwunden hatten, konnten sie sich wenigsten an gleichgesinnten moralisch wieder aufrichten.

Das gefühl der isolation, der ausgegrenztheit, des alleingelassenseins, das gefühl der offenen aggression und der feindseligkeit ausgesetzt zu sein, all das ließ sich auch dort kaum vertreiben. Im gegenteil, wer die kilometerlange baustelle zwischen Wilhelmstraße und Platz der Akademie durchschritt, und nicht wenigstens platzangst bekam, ist zu bewundern. Assoziationen, die an verladerampen mit den dort auf menschliche fracht wartenden güterwaggons erinnerten, waren zwar historisch (noch?) nicht angemessen, aber dennoch nur zu typisch.

Das spektrum der aufrechten ist klein geworden. Zu klein? Vielleicht ist es ja bereits höchste zeit auszuwandern. Oder was?

Alternativvorschläge nehmen wir gern entgegen!



OSZ's und andere in

toitonix oi! oi!

Gefahr im verzuge: Wann erfolgt die DURCHMISCHUNG von Kreuz- und Prenzlberg? BEDROHT der Osten die kreuzberger schullandschaft oder: Wie beteiligen sich kreuzberger lehrer bzw. schulpolitiker an der landnahme in OSSILAND?

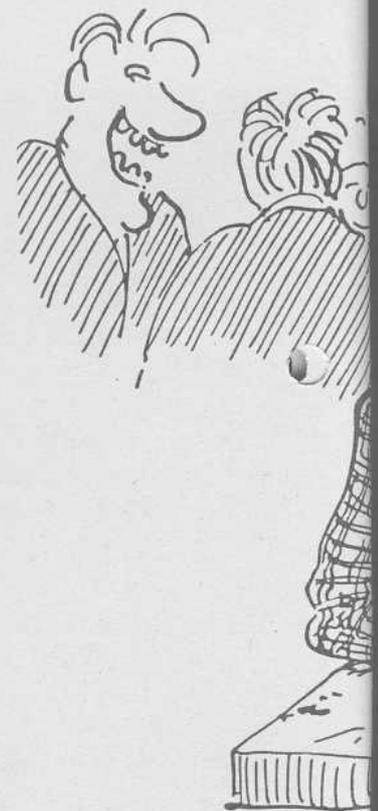
Im zuge der am 3.10. erfolgten toitonischen gesamt-kopulation sollten auch einige freudentränen auf das westost/ostwestberliner schulsystem fallen und es im strudel der volxgeföhle auf den erstrebenswerten klimax vorbereiten. Alles hinter vorgehaltener hand, versteht sich, denn nischt jenauret weeß man nich. Deutlicher: Niemand wußte etwas, die schulleiter nicht, die stadträte nicht, die senatorin sicher auch nicht, von der GEW ganz zu schweigen.

Schaute man genauer hin, fielen einem geübten beobachter aber dennoch einige details ins auge: Kreuzbergs stadtrat für schulwesen verbreitete in einer drucksache nr.660 an die bezirksverordnetenversammlung "grundzüge einer kreuzberger schulentwicklungs-planung", in der dieser amtsträger (motto: "ich als politiker") großzügig einer neuen OSZ-(un)ordnung das wort redete: "Die in Berlin(ost) ... vorhandenen beruflichen Schulen (müssen) an hiesige verhältnisse angepaßt werden. Zudem wird eine neuverteilung der ausbildungsschwerpunkte der beruflichen schulen für die region Berlin notwendig werden. Hiervon wird insbesondere der bezirk Kreuzberg mit seinen drei oberstufenzentren betroffen sein" (O-ton Jordan/Eichstädt). Ergebnis dieser einschätzung: Das 1. und das 2. OSZ sollten aus "baulichen" gründen in ostbezirke umgesetzt werden und das 3. OSZ sollte einen ringtausch mit ostschulen durchführen (großhandel rüber, einzelhandel nach Kreuzberg). Wer sich an derartigen sandkastenspielen über die köpfe der betroffenen hinweg bislang nicht beteiligen wollte, wurde vom offiziellen repräsentanten alternativer schulpolitik in unserem bezirk der "absoluten politischen naivität" geziehen.

In dienstbesprechungen und gelegentlichen instruktionen von seiten der höheren chargen (ebene: oberschulräte) wurden die schulleiter dahingehend informiert, daß daran gedacht war, die west-OSZs zu "stammsschuleri" und die ost-berufsschulen zu filialen eben dieser stammsschulen zu machen. (Den westlichen 27 stammsschulen stehen z.zt. 66 "beschulungs-

orte' im osten gegenüber). Es wurde gemunkelt, diese idee stamme von ganz oben (Volxholz/Pawlik?). Sogar argumente für diese "lösung" wurden schon in umlauf gesetzt: Ostschüler besäßen bei anderen modellen keine chancengleichheit gegenüber auszubildenden, die im Westen "beschult" würden. Betriebe würden angeblich "westler" bevorzugen, denn im osten sitzen bekanntlich noch immer die alten indoktrinierten indoktrinäre in den schulen! Von daher ist es auch nur logisch, daß die "kollegien" (west) mit den "kollektiven" (ost) selbstverständlich "durchmischt" (hat Stoiber "durchrasst" gesagt?) werden müssen. Erstens wissen die ostler sowieso nicht, wo's lang gehen soll, und zweitens soll am ende kein außenstehender mehr (schüler bspw., oder gar die betriebe) die schulen bzw. kollegien ("kollektiv" klingt ja auch schon so nach kommune! und gehört samt ostduden eingestampft) voneinander unterscheiden können, statt fdgb jetzt fdgo. Eine säuberung der schulen von alten SED-fans (vgl. Mölle-mann-interview in der Berliner Mo-Po von 30.9.90! Und später: Was tun mit PDS-fans?), die bereinigung der berufsfelder und die abschaffung lästli-

Jetzt, wo
sollten wir
Einheit



ger, aus zeiten linker schulreformer stammender, bildungsgänge (z.b. abitur mit beruflicher ausbildung) könnten nebenbei ohne viel aufhebens, also ohne den staub demokratischer debatte aufzuwirbeln, gleich mit erledigt werden.

Aber das beste politische konzept bleibt wirkungslos, wenn man nicht fachleute findet, die in der lage sind, es geschmeidig in realität umzusetzen. Im kreuzberger OSZ-bereich wurden solche leistungsträger bereits gefunden: Die kollegen Hegemann und Hölterhoff üben in etwa die funktion von polit(staats)kommissaren

aus. Wir dürfen annehmen, sie tun dies, um gewerkschaftliche positionen zu vertreten. Koll. Hegemann ist für die rechtliche anpassung des Ostens an das westliche schulverfassungsgesetz zuständig und koll. Hölterhoff für die beruflichen ausbildungsgänge.

Für die kaufmännischen schulen hat letzterer eine "koordinierungsgruppe" ins leben gerufen, die mit jeweils einem oder zwei kollegInnen (meist schulleiter) der betroffenen ostschulen bestückt und bei bedarf von den entsprechenden schulleitern west beraten werden sollen. Die aufgabe dieser gruppe besteht in der bündelung und neuschneidung der bereits bestehenden berufe zur schaffung "reiner" berufsfelder (zur besseren bürokratischen verwaltung?) bis ende dieses jahres. Dann sollen "stammschulen" ausgeguckt und die übriggebliebenen schulen zu fillialen der ersteren verwandelt werden. Schließlich sollen die koordinierungsgruppen zu OSZ-planungsgruppen umgewandelt werden, die die westliche OSZ-Struktur auf den Osten übertragen sollen. Zwar erscheint dieses unter allen denkbaren modellen noch am vernünftigsten, aber von mitsprache oder gar selbstbestimmung der kollegien in ost und west fehlt bislang noch jede spur. (In der letzten biz las sich das noch ganz anders!) Den "kommisaren" sollten wir ins stamm-buch schreiben, daß ohne breiteste unterstützung selbst die besten konzepte den bach runtergehen (spätestens mit der anstehenden großen koalition im januar) und für sie nur ihre (von wem gewollte?) funktion als nützliche idioten für ganz konträre interessen übrig bliebe.

Um der mauschelei hinter verschlossenen türen etwas entgegensetzen zu können, haben sich kollegInnen der vier betroffenen kaufmännischen schulen aus ost und west (incl. schulleitungen) getroffen und einen ausschuß zur koordination der bemühungen um transparenz und mitbestimmung ins leben gerufen. Desweiteren sollen in den kollegien die eigenen zielvorstellungen diskutiert werden, um dem hyperzentralistischen modell á la realsozialdemokratismus (möglichst nur 1 OSZ pro beruf für die gesamte region Berlin-Brandenburg, zumindest aber für Groß-Berlin) knüppel zwischen die stelzen stecken zu können. Erste reaktion auf diese initiative in den mittleren etagen der Bredtschneider str.: aufgeschreckte hähnel!

Jetzt ist dafür umso mehr vorsicht geboten, wollen sich die kollegien nicht einer nunmehr gezielteren manipulation aussetzen. Der leim, auf den sie kriechen sollen, ist von interessierter seite schon ausgelegt. Scheinbare sachzwänge, wie "die schüler laufen uns davon" (die abwanderung ist in der befürchteten größenordnung in keinster weise eingetreten!) oder "die wirtschaft will das so und so" (noch sind staat und wirtschaft zwei paar schuhe!), korrespondieren mit der allgemeinen verunsicherung, in der jedeR versucht, das eigene schäfchen ganz individuell ins trockene zu bringen. Der gestaltungswille aller kollegInnen ist jetzt dringend erforderlich!

Ich finde,
wir die Einheit haben,
r doch auch mal ne
an den Golf schicken
dürfen!



Für mit Wöjse

betr.: Deutschland-politik der GEW

wider die stillschweigende anpassung!

Die vorstände der GEW-bund wie der GEW-Berlin üben sich seit geraumer zeit stark darin, sich einer meinung bzw.stellungnahme zum wiedervereinigungsprozeß zu enthalten.

Während anderenorts noch initiativen demos gegen die Kohl'sche anschlusspolitik organisierten(z. B. in Saarbrücken) bzw. noch organisieren(frauendemo am 29.9.90), war ein gutteil unserer funktionäre schon damit beschäftigt, die kollegInnen in Ostberlin oder Brandenburg auf die zukünftigen (bundesgesetzlichen) realitäten einzustellen. Der eine oder andere sitzt jetzt als berater beim ostberliner magistrat.

Im prinzip spricht nichts dagegen, die DDR-kollegInnen über ihre zukünftigen rechte zu informieren, auch nichts gegen die unterstützung des aufbaus Ihrer eigenständigen gewerkschaftlichen organisation - wenn dies so der fall wäre, und wenn dies dem gemeinsamen kampf gegen pädagogische und soziale verschlechterungen dienen würde. Aber: die rechtsbelehrung und organisierung allein bewirkt noch keine kämpferische haltung.

Die frage ist: aufgrund welcher politischen einstellung nimmt man/ frau einfluß?

Die antwort sollte - zumal in der traditionell "aufmüpfigen" GEW-Berlin - leicht fallen: einer kritischen! Dem ist aber nicht so. Schon im märz gab die bundes-AJLE ihrem unbehagen ausdruck und forderte, "*kritisch - und unabhängig von parteipositionen - zur stattfindenden anschlusspolitik stellung zu nehmen.*" (E&W 5/90, s.14)

Daß unser vorstand der wiedervereinigung unkritisch gegenübersteht, zeigte sich u.a. auf der letzten a.o. ldv. Kein westberliner vorstandsmitglied widersprach, als ein GEW-kollege aus der damals noch bestehenden DDR, der im-

merhin für den vorstand kandidierte, die bezeichnung 'anschluss der DDR' als "annüchige" und "ideologisch gefärbte vokabel" ablehnte.

Soll man daraus schließen, daß unser vorstand die sogenannte vereinigung nicht für einen anschluss hält? Auch äußerte ein weiterer kandidat keine meinung hinsichtlich der beseitigung von positiven elementen in der DDR wie zehnjährige einheitsschule, antifaschistischem erziehungsanspruch, betrieblicher kinderbetreuung und fristenlösung.

Gibt hier die GEW dem bonner großmachtkurs nicht indirekt flankenschutz?

Gut der zug ist inzwischen tatsächlich abgefahren, die "vereinigung" ist gelaufen. Obwohl man sich die wiederherstellung der einheit der nation unter besseren vorzeichen hätte vorstellen können, wäre es blödsinn, eine erneute trennung zu fordern. Die spaltung Deutschlands durch die westmächte war nichts fortschrittliches und nicht im sinne des Potsdamer Abkommens. Die gründung der DDR danach war zwar folgerichtig; mit der manifestierung der teilung verließ die SED aber die vorher von ihr selbst verfolgte politische linie mit dem ziel der deutschen einheit. Jetzt wieder zwei deutsche staaten zu fordern, wäre objektiv historisch

reaktionär. Die kleinstaaterei sollte schon im letzten jahrhundert abgeschafft werden!

Ist dies jedoch ein grund, alles, was derzeit läuft, unkommentiert zu lassen, keinen widerstand zu organisieren? Doch wohl nicht! Schon die bekannten negativen folgen für die DDR-bevölkerung die lasten für die BRD-bürgerInnen wie steuer- und sozialabgabenerhöhungen würden reichen.

Aber es geht ja weiter:

Wer in dem bislang eigenständigen staat DDR das sagen hat, steht schon jetzt fest: über die treuhandanstalt westdeutsche großunternehmen, die die mehrheit stellen und ihre verfügungsgewalt damit - weitgehend frei von ausländischer konkurrenz - noch ausdehnen. Daß deren erstes Anliegen

-ihr gewinnüber alles geht, zeigt sich jetzt schon: Arbeitsplätze und den gestiegenen lebenshaltungskosten angemessene loohnerhöhungen bleiben auf der strecke.

Mit der annexion der DDR bekommt Deutschland in der EG eine noch stärkere vormachtstel-

lung. Schon jetzt ist die deutsche bundesbank die heimliche zentralbank der EG. Daß die bisherige blockkonfrontation durch die eklatanten wirtschaftlichen probleme der SU zurückgegangen ist, ist keine garantie für den frieden. Das zeigt schon die golfkrise, die die bundesregierung zum anlaß nahm, den einsatz der bundeswehr am



rande des nato-gebiets zu proben. Eine grundgesetz-änderung zum einsatz in krisengebieten steht bevor.

Als aufstrebende weltmächte treten Europa und Japan in stärkere konkurrenz zu den USA. Das zusammengehen der rüstungsriesen Daimler-Benz und Mitsubishi (taz vom 17.9.90) wird die USA bestimmt nicht erfreuen!

Großdeutschland nicht an den jetzigen grenzen haltmachen wird, ist einerseits ein historischer erfahrungswert; andererseits hören die bestrebungen der vertriebenenverbände und aus kreisen der CDU nicht auf, jetzt polnische und sowjetische gebiete zurückzugewinnen, hören bestimmt nicht auf. Und Österreich...?

Zuletzt besagt die im einigungsvertrag festgehaltene freiheit von ABC-

waffen wenig, weil im rahmen der politischen einigung europas der zugang zu französischen atomwaffen jederzeit gegeben ist.

Trotz quantitativer abrüstung werden

weiterhin neue waffensysteme entwickelt!

Widerstand gegen die laufende großdeutschland- und europapolitik sollte für uns heißen einzutreten

- für den erhalt der positiver elemente im erziehungs- und bildungsbereich der DDR

- für ein einheitliches schulsystem, das lernen und arbeit verbindet

--für die entwicklung eigener modelle, statt überstülpen von westlichen

- für gleiche entlohnung im öffentlichen dienst in ost und west, auch im öffentlichen dienst

- gegen regionalisierung von tarifbeschlüssen

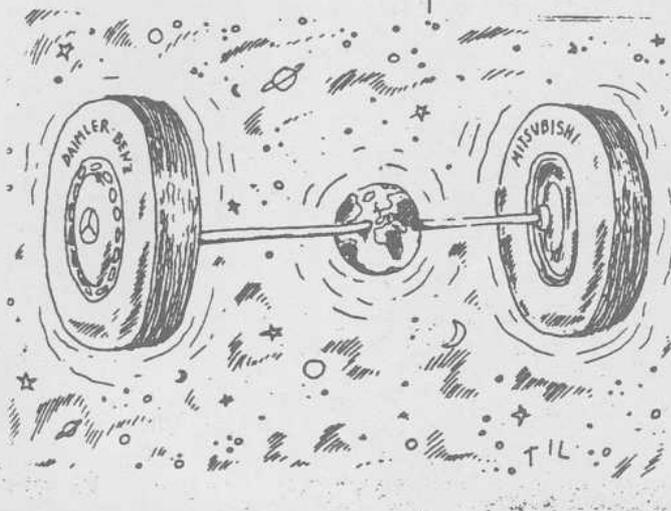
--gegen abschaffung der fristenregelung

--gegen die geplante grundgesetz-änderung, die den einsatz der bundeswehr in krisengebieten möglich machen soll

--gegen die verwendung der stasi-akten durch den verfassungsschutz

Ermöglichen wir den schülerInnen, im unterricht einsicht zu gewinnen in den gefährlichen großmacht- und europakurs der BRD! Setzen wir uns gegen weitere verschlechterungen im bildungsbereich zur wehr!

Hans-Georg Borck



Das gewicht Deutschlands in der welt drückt sich auch in der absehbaren ständigen mitgliedschaft im UNO-sicherheitsrat aus.

Die erfahrung zweier weltkriege sollte uns skeptisch machen: wer garantiert uns, daß

GEW-Kreuzberg geißelt DDR-annexion

Zur einschätzung der DDR-problematik hat die mitgliederversammlung der GEW-Kreuzberg am 17.10.90 einen beschluß mit großer mehrheit gefaßt, in der "die von der bundesregierung erfolgte annexion der ehemaligen DDR verurteilt" und "die sprachlosigkeit" des landesvorstands angesichts dieses vorgangs gerügt wird.

Der landesvorstand wird aufgefordert, "möglichst schnell einen forderungskatalog zu vereinheitlichen, den wir gemeinsam mit den ostberliner kollegInnen vertreten, all die forderungen betreffend, die in unserem organisationsbereich eine rolle spielen."

Dies könnten nach meinung der MV-Kreuzberg z.b. sein:

"- beibehaltung des einheitlichen schulsystems bis zur 10. klasse";

"- erhaltung der betrieblichen kinderbetreuung";

"- gleiche bezahlung für gleiche arbeit";

"- keine verwertung der stasi-akten durch den verfassungsschutz und damit erneute gesinnungsschnüffelei usw."

Eine knappe mehrheit befürwortete ferner einen "personellen austausch, um die integration der beider schulsysteme zu ermöglichen und gegenseitige vorurteile abzubauen"; wie er bereits in anderen bereichen, z.b. in der polizei (sic!) existiere. (Der hinweis auf die polizei ist tatsächlich vom antragsteller erfolgt. Leider erregte dieser hinweis nicht genügend sensibilität, gründlicher über das problem der "integration" nachzudenken.)

Schließlich solle "eine gemeinsame protestversammlung ins auge gefaßt werden".

erklärung des kollegiums der Hunsrück-grundschule

Mit großer bestürzung haben wir, lehrerinnen und lehrer der Hunsrück-grundschule, zur kenntnis nehmen müssen, daß das bezirksamt Kreuzberg die erweiterung unserer schule sowie ihren ausbau zu einer grundschule mit teilweiser ganztagsbetreuung auf dem derzeitigen schulgelände zwar realisieren will, aber die von fachleuten und uns geforderte grundstückserweiterung von ca. 2000 qm abgelehnt hat. Diese grundstückserweiterung war bereits eingeplant und allgemein akzeptiert. Besonders verbittert hat uns, daß die mehrheit der volksvertreter in der bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg das bezirksamt in seiner auffassung noch bestätigt hat. Damit haben das bezirksamt und die bezirksverordneten dafür "gesorgt", daß die baumaßnahme um vorerst mindestens 14 monate verschoben wird.

Da aber nach ankündigungen aus dem senat in den nächsten jahren wohl nahezu sämtliche investitionsmittel in den ostteil der stadt fließen werden, ist damit zu rechnen, daß das projekt "Hunsrück-grundschule" überhaupt nicht realisiert werden wird. Darüber hinaus werden durch diese bezirksamtsentscheidungen dem bezirk auch über 20 millionen DM mittel der Europäischen Gemeinschaft verloren gehen.

Warum wurden dann in den letzten zehn jahren gezielt Grundstücke durch den bezirk für ein dringend erforderliche schülererweiterung gekauft?

Wozu tagte zwei jahre lang eine schulische planungs-gruppe in ihrer freizeit und erarbeitete ein konzept für den ausbau der Hunsrück-Grundschule?

Warum wurde gewartet, bis sämtliche unterlagen für den bauwettbewerb fertiggestellt und alle voraussetzungen für einen baubeginn durch die verwaltungen und die S.T.E.R.N. GmbH geschaffen waren?

Wir erinnern an dieser stelle die kreuzberger kommunalpolitiker an ihre verantwortung gegenüber kindern und jugendlichen und an ihre reden aus den ersten Maitagen der vorjahre, nachdem am 1. Mai steine flogen und barrikaden brannten.

33 unterschritten



Kreuzberg

Block 107: Ein Sieg für die „Kreuzberger Mischung“

Kreuzberg - Zu einem Grundsatzkonflikt zwischen den BVV-Fraktionen wächst sich die geplante Erweiterung der Hunsrücksschule aus. Und für Baustadträtin Franziska Eichstädt-Bohlig war es der letzte Anstoß, das Amt niederzulegen. Die Fronten sind klar abgesteckt: CDU und SPD wollen die „Kreuzberger Mischung“ aus Schule, Wohnen und Gewerbe im Block 107 zwischen Reichenberger, Wiener, Manteuffel- und Lausitzer Straße erhalten. Die AL dagegen setzt auf Schülererweiterung - „auf Kosten des Gewerbes“, wie SPD und CDU meinen.

Auf dem landeseigenen Gelände Reichenberger Straße 144 sollte ein Erweiterungsbau der Hunsrücksschule (Manteuffelstraße) errichtet werden, die sich zur Ganztagschule vergrößern will. Problem: Das Gelände wird bereits genutzt - von einem Gewerbe-Betrieb. Dieser Mieter hat kürzlich kräftig investiert - obwohl er über die Ausbaupläne informiert war.

Zwei Wochen, bevor der Wettbewerb für die Schülererweiterung beginnen sollte, kam es in Bezirksamt und BVV zum Krach. Angeblich gebe es Abweichungen zwischen den ursprünglichen Erweiterungsplänen und den Vorgaben im Wett-

bewerbsentwurf. Andreas Kindt (SPD): „Weil das Konzept außerdem zu Lasten des Gewerbes ging, haben wir die Notbremse gezogen und den Wettbewerb gestoppt.“

Es fiel der Beschluß, das Gelände als Gewerbefläche zu erhalten. Für die Schülererweiterung soll das jetzige Schulgelände verdichtet werden. Kindt: „Niemand kann verantworten, Gewerbe in diesem Maße zu verdrängen.“ Wirtschaftsstadtrat Wulf-Jürgen Peter (CDU) schließt sich an: „Wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, um zu sehen, wie Schule, Gewerbe und Wohnen sinnvoll verbunden werden können.“

Die AL-Fraktion möchte auf die 2000 Quadratmeter Fläche für die Schülererweiterung nicht verzichten. Volksbildungsstadtrat Dirk Jordan (AL): „Ich kann den Bezirksamtsbeschluß nicht mittragen.“

Die Lehrer der Hunsrücksschule sind sauer: „Wir befürchten, daß das Projekt Hunsrücksschule überhaupt nicht realisiert wird“, klagt Schulleiterin Helga Wilken. „Viel Zeit und 20 Millionen EG-Mittel für das Projekt wurden durch diesen Entscheid vertan“, ergänzen die Lehrer in einer Resolution.

Silke Müller/Birthe Arff
Mopo 20.9.90

polizisten drangsalieren elternvertreter

Mit diesem interview wollen wir ein beispiel für den umgang mit friedlichem gewerkschaftsprotest geben.

Am 7.6.90 führte die GEW Berlin auf dem viel zu kleinen Joachimstaler platz eine protestversammlung durch. Im verlaufe dieser versammlung trat die polizei in erscheinung:

trend: Du bist als elternteil auf den Joachimstaler platz gekommen, also dem aufruf der GEW gefolgt. Was lief da ab?

S.: Ich stand mit meiner tochter auf dem arm am rand. Es ging weder nach vorn, noch zurück, weil dort ein haufen leute standen. Es war auch nicht möglich, auf den bürgersteig zu gelangen, weil da einfach zuviele menschen waren. Ohne warnung fingen die polizisten an zu schubsen.

trend: Du hast erzählt, daß du auf die demo für eltern, kinder und schüler mit deinem kind gekommen bist. Haben die polizisten denn das nicht gesehen?

S.: Die leute, die von den polizisten geschubst wurden, sind auch gegen mein kind geflogen. Es wurde darauf keine rücksicht genommen. Die polizisten haben deutlich gesehen, was sie machen. Sie haben die leute richtung straßenrand gedrängt. Mit ein bißchen überlegung oder gutem willen wäre erkennbar gewesen: Es geht einfach nicht. Ich bin dann umgekippt und konnte nicht einmal zu boden fallen, weil hinter mir leute standen.

trend: Das war doch keine Brockdorfdemo und keine autonome aktion. Da hat eine DGB-gewerkschaft die demokratischste form einer zweifelanmeldung gewählt.

S.: Die polizei reagierte als hätte sie die aufgabe mit ihrem auftreten und ihrem eingreifen die teilnehmer einzuschüchtern. Ich habe den mir nahestehenden polizisten angefangen anzuschreien, weil er mich und mein kind in höchste gefahr gebracht hat. Die straße wurde natürlich nicht frei, das war ja praktisch nicht möglich und offenbar auch nicht das ziel.

trend: Du konntest dich dann zurückziehen und dein kind beruhigen?

S.: Das gegenteil war der fall. Als ich luft hatte, um mein kind zu meiner freundin zu geben, wollte ich sofort die dienstnummer von einem der polizisten haben. Erst in diesem moment wurde ich rausgegriffen und zur feststellung der personalien zu einer wanne gebracht.

trend: Erst in dem moment, wo du es wagtest, die rechtmäßigkeit des polizeilichen übergriffs anzuzweifeln haben sie dich in die mangel genommen?

S.: Ich fand das so läppisch und bin mitgegangen, ich habe noch den namen meiner freundin in dem gedränge gerufen, damit das kind nicht alleine steht. In dem moment kamen, wie aus dem boden geschossen, noch ein paar polizisten dazu und haben mich vollständig abgeschimmt. Die haben mich dann in den polizeiwagen gebracht.

trend: Also ein deutlicher hinweis richtung kriminalisierung. Was passierte nach der feststellung deiner personalien, gab es für dich irgendwelche unterstützung?

S.: Der polizist, der meine personalien wollte, hat genau gesehen, daß er mich von meinem kind trennt. In der wanne habe ich deswegen auch geschimpft. Worauf die grünen herren mir drohten, daß sie mir, wo ich schon mal alleine bei ihnen bin, die brille zerdrücken würden.

Es sei außerdem mein problem, wenn ich mit meinem kind auf die demo gehe.

trend: Die GEW hatte doch ausdrücklich dazu aufgerufen. Es ist eigentlich nur denkbar, daß im kalkül der rot-grünen polizeistrategien jeder nichtverbale protest kriminalisiert werden soll. Die GEW ruft eltern, lehrer, kinder und der senat setzt seine bullen ein.

S.: Ich habe zum ersten mal erlebt, daß nicht einmal auf kleinstkinder rücksicht genommen wird. Sie ist 3 1/2 jahre alt. Es ging doch auch nur um die kinder. Als ich aus dem wagen rauskam und über die straße ging, kamen aus den wagen

in der Joachimstaler weitere polizisten, diesmal in der kampfmontur mit holzknüppeln, turnschuhen und knieschützern. Was die noch gemacht haben, konnte ich nicht mehr sehen, weil ich schon wegen der kinder jetzt gehen wollte, die waren doch total verstört. Mich haben die zentral angeordneten eingriffsreserven der polizei schon erstaunt. Randalen war nur durch die provokation der polizei möglich.

trend: Wie sieht es jetzt bei dir aus? Was ist bisher passiert?

S.: Ich habe jetzt eine anzeige wegen körpverletzung und nötigung, denn ich soll den straßenverkehr aufgehalten haben.

trend: Mit dem kleinkind auf dem arm und du allein?

S.: Andere anzeigen sind nicht bekannt. Mein rechtsanwalt geht davon aus, daß das verfahren auch durchgezogen werden soll, weil diese komische nötigung schon einen exemplarischen charakter hat.

trend: Wie hat dich die GEW als veranstalterin der kundgebung unterstützt?

S.: Überhaupt nicht. Das kann auch daran liegen, daß sie keine kenntnis von der sache hat.

trend: Nun hat sie. Wie könntest du dir eine unterstützung im kommenden verfahren vorstellen?

S.: Eigentlich nur finanziell, die kosten können ganz schön hoch werden, weil der rechtsschutz mit der begründung abgelehnt hat, daß die art der anzeige auf eine tätlichkeit meinerseits schließen läßt. Das wichtigste ist aber, daß sich die gründe für unseren protest nicht erledigt haben. Die klassen wurden z.t. zusammengelegt. Die kleinen kinder können nichts richtig lernen. Die fehlenden lehrer werden nicht eingestellt...

trend: Wir hoffen, daß sich die GEW deiner sache intensiver annimmt. Eigentlich ist das als angriff auf sie selbst zu verstehen. Neben einer mit kindern angemeldeten kundgebung darf nach normalen maßstäben gar kein verkehr fließen.

Der ermittlungsausschuß stellt sich vor!

Bei dem folgenden artikel geht es zunächst darum, die arbeit des ermittlungsausschusses in lehrerinnenkreisen allgemein bekannt zu machen. Wir stellen uns vor, demnächst zu einzelnen themen schwerpunktmäßig in dieser zeitung stellung zu nehmen.

Darüberhinaus wünschen wir uns eine engere zusammenarbeit mit lehrerinnen und können uns dazu vorstellen, daß unterrichtseinheiten zum thema "repression" etc. mit unserer zusammenarbeit organisiert werden, also der alltag der jugendlichen in die schule geholt wird, oder daß wir von lehrerinnen angesprochen werden.

Aber nun als erstes zu geschichte und praktischer zusammenarbeit des ermittlungsausschusses (ea):

Der ea entstand anläßlich der "kreuzberger festspiele" oder "adventskrawalle" vom 12.12.80. Damals wurde der versuch, ein seit langem leerstehendes haus zu besetzen, mit massivem polizeiaufgebot verhindert. Bei den anschließenden demonstationen wurden über 100 personen festgenommen und 260 ermittlungsverfahren eingeleitet.

Es ging zunächst darum, informationen zusammenzutragen, zeugen zu finden und öffentlichkeit über die ereignisse herzustellen.

Im laufe der jahre hat sich der ea zu einer beinahe-institution entwickelt -nicht zuletzt durch die 10-jährige kontinuierität.

Unsere arbeit sieht folgendermaßen aus:

Wir sitzen bei demonstationen und aktionen aus dem linken spektrum am telefon, um zahl und umstände der festnahmen aufzunehmen, anwältinnen für die festgenommenen zu besorgen und das geschehen auf der straße, wie z.b. brutale polizeieinsätze öffentlich zu machen. Denn erfahrungsgemäß beruhen presse-darstellungen vor allem einseitig auf den angaben der polizei. Außerdem kümmern wir uns darum, für die anstehenden prozesse entlastungszeugen zu finden und der einseitigen ermittlungstätigkeit der staaatsanwaltschaft etwas entgegenzusetzen.

Darüberhinaus machen wir beratungen für festgenommene bzw. leute, die ermittlungsverfahren haben, organisieren betroffenen-treffen und verbreiten flugblätter mit infos zu demoverhalten, den rechten gegenüber polizei und justiz und den möglichkeiten der aussageverweigerung.



Vor zwei jahren haben wir unsere arbeit in form einer ag um den schwerpunkt "jugendliche" erweitert, denn es gingen und gehen immer mehr jugendliche auf die straße, die wenig erfahrungen mit demonstationen, polizei und justiz haben. Daraus entstand der gedanke, in jugendzentren und schulen zu gehen, um uns dort bekannt zumachen, von unsrer arbeit zu erzählen und infos weiterzugeben.

Seit die polizei gezielt an schulen und in jugendzen-

tren geht, jugendliche beim pizzaessen ganz harmlos und informell befragt über ihre zusammenhänge und strukturen und nicht zuletzt über ihre beteiligung an



demonstrationen, erscheint uns eine aufklärung über das recht der aussageverweigerung etc. um so wichtiger. Denn die neu eingerichteten abteilungen "jugendgewalt" bei der polizei arbeiten sehr unkonventionell, wie z.b. mit drohungen: "Wer am ersten mal demonstriert, muß mit bewährungswiderruf rechnen," oder mit ständiger ziviler präsenz an den orten, wo sich jugendliche bewegen. In einer plauderathmosphäre geschieht es oft, daß die jugendlichen sich selbst oder andere belasten.

Ein weiterer aspekt ist dabei, die besondere bedrohung ausländischer jugendlicher durch polizeiliche datensammlung, denn mit dem neuen ausländergesetz werden abschiebungen ab 1.1.91 weitaus leichter gemacht.

In verschiedenen stellungnahmen von senatsmitgliedern ist inzwischen ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß "für die jugendlichen kein grund bestehe, sich selbst zu schützen, weil die polizei für den schutz aller da ist" (Vizepolizeipräsident Schenk, taz 8.2.90) und daß "versuche von selbstorganisationen, wie sie zur zeit hier stattfinden, zur ausweisung und abschiebung führen sollen" (Landowsky, abendschau juni 90).

Wenn man sich den anteil ausländischer jugendlicher im knast ansieht (ca.70%) und die unterschiedlich härteren verurteilungen in strafverfahren gegen ausländische jugendliche wahrnimmt, kann man sich der erkenntnis über die dahinter stehende absicht nicht verschließen.

Trotzdem mußten wir immer wieder feststellen, daß lehrerinnen mit der polizei zusammenarbeiten, bzw. durch schweigen und untätigkeit polizeiliche "ermittlungsarbeit" unterstützen, statt sich offensiv und öffentlich dagegen zu wenden.

Wir sind gern bereit, an schulen zu gehen, um mit schülerinnen und lehrerinnen zu diskutieren.

Da wir auch prozesse finanzieren, sind wir dringend auf spenden angewiesen.

Ermittlungsausschuß

Gneisenastr.2a
1000 Berlin 61

telefon 6922222
dienstags 20-22 uhr

ktonr.: 20610-106
postgiro Berlin
sonderkonto
Klaus Schmidt